



Thorsten Frei: Verweigerungshaltung der Ampel gefährdet das Grundrecht auf Asyl

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte Ende März einen Kommunalgipfel zur Asyl- und Migrationspolitik durchgeführt, an dem mehr als 200 Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland teilgenommen haben. Die Schilderungen der großen Probleme vor Ort und mögliche Lösungsansätze wurden in einen Antrag überführt, den die Unionsfraktion in den Deutschen Bundestag eingebracht hat. In seiner Rede sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei:

Berlin, 28.04.2023

Thorsten Frei MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:

Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

„Wir Demokraten brauchen Lösungen, sonst schaffen sie andere, die Blauen und die Braunen, in einigen Jahren. Das will ich nicht. - Das ist die Äußerung des SPD-Bürgermeisters von Gernsbach (BW). Er hat diese Äußerung bei unserem Kommunalgipfel Ende März gemacht und weist auf die Konsequenzen, die es geben kann, wenn die Kommunen in der Migrationskrise weiter alleingelassen und überfordert werden.

Der Wille zur Hilfsbereitschaft ist groß. Aber es ist ein Fakt, dass Ressourcen begrenzt sind, dass viele Kommunen an ihren Belastungsgrenzen sind, dass auch viele Kommunen bereits über die Belastungsgrenzen hinausgegangen sind.

Wir sehen vor Ort, dass es nicht genügend Kitaplätze, nicht genügend Schulen, fehlende Wohnungen, zu wenig Ärzte und Lehrer gibt.

Das Einzige, was der Bundesinnenministerin dazu einfällt, ist der Hinweis, dass Humanität keine Obergrenze kenne. Das Problem löst sich aber nicht durch Aussitzen. Ein anderer SPD-Kommunalpolitiker der Landrat von Märkisch-Oderland bewertet diese unterlassene Hilfeleistung als eine ‚moralisierende Scheinheiligkeit‘.

Scheinheilig ist auch, uns einzureden, dass acht von zehn Geflüchteten in diesem Jahr aus der Ukraine stammen. Diese Zahl ist falsch. Richtig ist, dass in diesem Jahr bisher fast 90.000 Asylanträge gestellt worden sind. Dazu kommen 81.000 Schutzsuchende aus der Ukraine. Die Mehrheit der Menschen, die Schutz suchend zu uns kommen, kommt nicht aus der Ukraine, sondern aus anderen Drittstaaten.

Es ist bedenklich, wenn die Innenministerin die Zahlen ihres eigenen Hauses nicht kennt oder diese sogar ganz bewusst verzerrt, um die Öffentlichkeit irrezuführen.



Die Kommunen brauchen Geld und Unterstützung. Vor allem darf aber nicht länger nur an den Symptomen herumgedoktert werden. Vielmehr müssen wir bei den Ursachen ansetzen. Vieles Richtige hat dazu bereits eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die von der Frau Bundesinnenministerin eingesetzt wurde, entsprechend vorgeschlagen.

Wir brauchen einen wirksamen Grenzschutz. Wir brauchen die Möglichkeit von Zurückweisungen sowie die Revitalisierung von Ankerzentren. Ganz zentral ist die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten. Für die Umsetzung liegt die Kompetenz bei der Bundesregierung, die sich jedoch weigert, etwas zu tun.

Wenn man es nicht schafft, mit dem Asylrecht die irreguläre Migration zu beenden, dann besteht die Gefahr, dass die irreguläre Migration absehbar das Asylrecht beendet. Das möchten wir nicht.“

Die vollständige Rede können Sie unter www.thorstenfrei.de/reden anschauen.